

Satzung der Gemeinde Winsen (Aller)
über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis
(Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 10, 58 Abs. 1 Ziffer 5, 7 und 111 Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung, § 2 und § 4 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der zurzeit gültigen Fassung hat die Vertretung der Gemeinde Winsen (Aller) in seiner Sitzung am 26.06.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten – im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten – im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Winsen (Aller) werden nach dieser Satzung Kosten erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Kosten im Sinne dieser Satzung sind Gebühren und Auslagen.
- (2) Verwaltungstätigkeiten i. S. v. Abs. 1 sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (3) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (4) Die Erhebung von Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften für besondere Verwaltungstätigkeiten, die in dem Kostentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.

§ 2

Kostentarif, Höhe der Kosten

- (1) Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem als Anlage geführten Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Liegen umsatzsteuerpflichtige Verwaltungstätigkeiten vor, sind die Beträge des Kostentarifes zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer zu erheben.
- (3) Nicht unter den Kostentarif fallen:
 - a) Verwaltungstätigkeiten, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit besteht,
 - b) Verwaltungstätigkeiten im Rahmen der Amtshilfe.

§ 3

Gebühren

- (1) Für Verwaltungstätigkeiten, für welche der Kostentarif einen Rahmen vorsieht, sind bei der Festsetzung der Kosten das Maß des Verwaltungsaufwandes zu berücksichtigen. Die Kosten sind auf volle Euro abgerundet festzusetzen.
- (2) Werden mehrere kostenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr nach Kostentarif zu erheben.

(3) Gebühren werden nicht erhoben für Verwaltungstätigkeiten, zu denen

- a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten auferlegt oder in sonstiger Weise auf Dritte umgelegt werden kann.
- b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i. S. des § 54 der Abgabenordnung (AO) Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten aufzuerlegen ist.

§ 4

Auslagen

(1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn die Verwaltungstätigkeit selbst gebührenfrei ist. Werden bei einer Dienstreise mehrere Dienstgeschäfte wahrgenommen, so sind die Reisekosten nach dem Verhältnis der Kosten zu teilen, die bei gesonderter Erledigung jedes einzelnen Geschäfts entstanden wären.

(2) Auslagen sind in § 13 Abs. 3 Nds. Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) exemplarisch aufgeführt.

§ 5

Billigkeitsmaßnahmen

(1) Kosten, die dadurch entstanden sind, dass die Gemeinde Winsen (Aller) die Sache unrichtig behandelt hat, sind zu erlassen.

(2) Die Gemeinde Winsen (Aller) kann die von ihr festgesetzten Kosten stunden, wenn die sofortige Einziehung für den Schuldner mit erheblichen Härten verbunden ist und wenn der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.

(3) Die Gemeinde Winsen (Aller) kann die Kosten ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies im Einzelfall mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten ist.

(4) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung ganz oder teilweise abgelehnt oder zurückgenommen, bevor die Amtshandlung beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.

(5) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht ein Antrag auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.

§ 6

Kosten für Rechtsbehelfe

(1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. Soweit der Rechtsbehelf Erfolg hat, sind nur die Kosten für die vorzunehmende Verwaltungstätigkeit zu erheben. Bei gebührenfreien Verwaltungstätigkeiten werden die Kosten für Rechtsbehelfe im Kostentarif bestimmt.

(2) Wird eine Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin, der nicht von dem Kostenpflichtigen eingelegt worden ist, im Widerspruchs- oder Beschwerdeverfahren oder durch gerichtliches Urteil aufgehoben, so ist

eine bereits bezahlte Gebühr insoweit zurückzuzahlen, als sie die für die Ablehnung des Antrages zu entrichtende Gebühr übersteigt. Das Gleiche gilt, wenn ein Gericht nach § 113 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) die Rechtswidrigkeit der Verwaltungstätigkeit festgestellt hat. Die Zurückzahlung ist ausgeschlossen, wenn die Verwaltungstätigkeit aufgrund von unrichtigen oder unvollständigen Angaben des Antragstellers vorgenommen wurde.

§ 7

Kostenschuldner

(1) Kostenschuldner ist derjenige, der zu der Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat oder wer die Kosten durch eine gegenüber der Gemeinde Winsen (Aller) abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat.

(2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 8

Entstehung der Kostenschuld

(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.

(2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9

Fälligkeit der Kostenschuld

(1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Gemeinde Winsen (Aller) einen späteren Zeitpunkt bestimmt.

(2) Eine Verwaltungstätigkeit kann von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

(3) Bei umsatzsteuerpflichtigen Kosten enthält der Bescheid die Bestandteile einer Rechnung nach den Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes (UStG).

§ 10

Vollstreckung

Die Kosten können nach dem Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Verwaltungszwangsverfahren vollstreckt werden.

§ 11

Anwendung des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 NKAG die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 12

Datenschutz

(1) Für datenschutzrechtliche Fragen können sich Betroffene an den Datenschutzbeauftragten der verantwortlichen Stelle wenden, die Kontaktdaten sind auf der Webseite der Gemeinde Winsen (Aller) unter <https://winsen-aller.de/datenschutz.html> abrufbar.

(2) Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt ausschließlich zur Durchführung der Verwaltungstätigkeiten nach dieser Satzung, insbesondere zur Bearbeitung von Anträgen und zur Erhebung von Verwaltungskosten. Rechtsgrundlage hierfür sind Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DSGVO in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 3 NDSG sowie den vorgenannten Fachgesetzen sowie § 11 NKAG.

(3) Es werden nur die für die Bearbeitung erforderlichen Daten verarbeitet, insbesondere:

- Name und Kontaktdaten,
- Angaben zum Verwaltungsvorgang (z. B. Aktenzeichen, Antragsgegenstand),
- Gebühren- und Zahlungsinformationen.

Die Erhebung erfolgt in der Regel anlassbezogen, etwa bei der Antragstellung oder im Zuge gebührenpflichtiger Amtshandlungen.

(4) Eine Übermittlung der Daten an Dritte erfolgt nur, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist oder zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist. Eine Verarbeitung zu anderen Zwecken findet nicht statt.

(6) Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und zur Einhaltung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, insbesondere aus dem Haushalts- und Abgabenrecht, erforderlich ist.

(7) Die betroffenen Personen haben die Rechte nach den Art. 13 bis 18 und 21 DSGVO, insbesondere auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch.

§ 13

Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 01.07.2025 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Winsen (Aller) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 15.12.2022 in der Fassung vom 15.12.2022 außer Kraft.

Winsen (Aller), den 26.06.2025

Gemeinde Winsen (Aller)

L.S.

gez. Oelmann
Bürgermeister

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2) der Gemeinde Winsen (Aller)

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 4 der Verwaltungskostensatzung).

Stand: 26.06.2025

Für die Gebührenbemessung des Verwaltungsaufwandes werden die Pauschbeträge gem. § 1 Abs. 4 S. 5 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) in der jeweils geltenden Fassung zu Grunde gelegt. Bei Gebühren nach Zeitaufwand wird je angefangener Viertelstunde und entsprechend der einzelnen Stundensätze abgerechnet.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschalbetrag	
		allgemein	für Inhaber einer Ehrenamtskarte
1	Vervielfältigungen		
1.1.	mit Fotokopiergeräten, EDV-Druckern, Plottern und ähnlichen Geräten (schwarz-weiß) je Seite		
1.1.1	bis Format DIN A4	0,70 €	0,60 €
1.1.2	... Format DIN A3	1,20 €	1,10 €
1.1.3	... Format DIN A2	2,20 €	2,00 €
1.1.4	... Format DIN A1	4,40 €	4,00 €
1.1.5	... Format DIN A0	6,50 €	6,00 €
1.1.6	größer als Format DIN A0	11,50 €	11,00 €
1.1.7	Zuschlag für Farbkopien		
1.1.7.1	... Format DIN A4	1,80 €	
1.1.7.2	... Format DIN A3	3,30 €	
1.1.8	größer als Format DIN A3	5,40 €	
1.2	Vorbereitung, Erstellung und Übersendung digitaler Kopien/ elektronischer Dateien		
1.2.1	- - per E-Mail	nach Zeitaufwand, min. jedoch 15,00 €	
1.2.2	- per Datenträger (umfasst sind Kosten für Datenträger und Versand, die nicht gesondert als Auslagen erhoben werden)	nach Zeitaufwand, min. jedoch 25,00 €	

2	Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise		
2.1	Beglaubigung von Unterschriften	5,00 €	4,50 €
2.2	Beglaubigung von Abschriften, Kopien, Vervielfältigungen und Negativen		
2.2.1	die die Gemeinde selbst hergestellt hat, je Seite	3,50 €	3,00 €
2.2.2	in anderen Fällen, je Seite	6,00 €	5,50 €
2.3	Beglaubigungen von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland	15,00 €	13,00 €
2.4	Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen, wenn nicht Gebühren nach anderen Tarifnummern zu erheben sind	nach Zeitaufwand	
	<u>Anmerkung zu Nr. 2.1 bis 2.4:</u> von der Gebührenerhebung ausgenommen sind: a) Beglaubigungen sowie das Ausstellen von Ausweisen, Bescheinigungen und Zeugnissen im Rahmen eines bestehenden oder früheren Arbeits- oder Dienstverhältnisses b) das Ausstellen von Bescheinigungen über die Zahlung von Ruhegehältern, Witwen und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen oder privaten Kassen c) das Ausstellen von Zeugnissen, ausgenommen Zweitausfertigungen, durch die Schule oder die Schulbehörde, d) die Beglaubigung von Zeugniskopien durch die Schule oder Schulbehörde, die das Zeugnis ausgestellt hat, e) das Ausstellen von Ausweisen und Bescheinigungen über den Schulbesuch, f) Beglaubigungen sowie das Ausstellen von Ausweisen, Bescheinigungen und Zeugnissen in Gnadensachen g) Beurkundungen durch Urkundspersonen beim Jugendamt nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches h) Beglaubigungen sowie das Ausstellen von Ausweisen, Bescheinigungen und Zeugnissen zum Nachweis der Bedürftigkeit, i) Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe.		
2.5	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (Negativzeugnis)	55,00 €	
3	Akteneinsicht, Auskunft, Nachforschung		
3.1	Gewährung von Akteneinsicht		
3.1.1	persönlich vor Ort – excl. Fotokopien (s. lfd. Nr. 1)	nach Zeitaufwand,	

		min. jedoch 14,00 €	
3.1.2	bei Versendung der Akten, je Sendung zzgl.	12,00 €	
	<u>Anmerkung zu Nr. 3.1:</u> a) Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn die Akteneinsicht in einem laufenden Verfahren an Verfahrensbeteiligte gewährt wird. b) Die Aufwendungen, die Dritten für die Versendung der Akten zu zahlen sind, sind in der Gebühr nicht enthalten und gesondert als Auslagen zu erheben. c) Für die Akteneinsicht durch Übersendung digitaler Dateien sind Gebühren nach Nr. 1.3 zu erheben		
3.2	Auskünfte		
3.2.1	Auskünfte aus einer Datenbank, einer Kartei, einem Register oder einem sonstigen Verzeichnis	nach Zeitaufwand	
3.2.2	schriftliche Auskünfte zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen an interessierte Gesellschaften u. ä.	nach Zeitaufwand	
3.3	Nachforschung der Kasse nach dem Verbleib eines überwiesenen Betrages	25,00 €	
	<u>Anmerkung zu Nr. 3.3:</u> a) Eine Gebühr wird nicht erhoben, wenn die Nachforschung ergeben hat, dass der Infrage stehende Betrag dem Empfänger nicht gutgeschrieben oder nicht an ihn ausgezahlt worden ist. b) Der Betrag, der von der Kasse für die Nachforschung an das kontoführende Kreditinstitut zu zahlen ist, ist in der Gebühr nicht enthalten und gesondert als Auslage zu erheben.		
3.4	Feststellungen aus Konten und Akten	nach Zeitaufwand	
4	Abgaben		
4.1	Aufstellung über den Stand des Steuerkontos für jedes Haushaltsjahr	10,00 €	
4.2	Ersatzstücke für verloren gegangene Hundesteuermarken	5,00 €	
4.3	Bescheinigung über öffentliche Abgaben früherer Jahre für jedes Jahr	10,00 €	
4.4	Zweitausfertigung von Abgabenbescheiden	5,00 €	
5	Nutzung des Archivs		
5.1	schriftliche Auskünfte aus Urkunden und alten Akten, je Seite	3,00 €	

5.2	Benutzung von Großformaten (Karten, Pläne, Plakate, Bilder usw.) je Tag	10,00 €	
5.3	für familiengeschichtliche Auskünfte und sonstige Auskünfte	nach Zeitaufwand	
	<u>Anmerkung zu Nr. 5:</u> Für die Benutzung und Auskunftserteilung zu wissenschaftlichen und heimatkundlichen Zwecken, sowie bei der Durchführung von Arbeiten im Rahmen der Schul- und Berufsausbildung sind lediglich die Auslagen zu erstatten. Ansprüche Dritter aus Urheber-, Verwertungs- und Lizenzrechten sind gesondert abzugelten.		
	<u>Anmerkung zu Nr. 5.3:</u> Der Betrag, der vom Landesarchiv für die Nachforschung erhoben wird, ist in der Gebühr nicht enthalten und gesondert als Auslage zu erheben.		
5.4	Benutzung des Archivs		
5.4.1	für einen Tag	16,00 €	11,00 €
5.4.2	für eine Woche	55,00 €	50,00 €
5.4.3	für längere Zeit bis zu	110,00 €	90,00 €
6	Ausnahmen nach § 18 und § 24 Abs. 7 des Niedersächsischen Straßengesetzes		
6.1	Plakatierungserlaubnisse	45,00 €	
6.2	sonstige Ausnahmen und Erlaubnisse	nach Zeitaufwand	
7	Genehmigungen, Überwachung, Bewilligungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen		
7.1	Erschließungsbescheinigungen		
7.1.1	bis zu zwei Ausfertigungen	35,00 €	
7.1.2	jede weitere Ausfertigung	3,50 €	
7.2	Bestätigung über die gesicherte Erschließung nach § 62 Niedersächsische Bauordnung	75,00 €	
7.3	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an öffentlichen Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden (z.B. Bordsteinsenkungen, Straßenaufbrüche etc.) Außerhalb der Regelarbeitszeit (07:00 bis 17:00 Uhr) wird ein Aufschlag von 25 % erhoben	nach Zeitaufwand	
7.4	Genehmigung einer Hochbordabsenkung je Einstell- oder Garagenplatz	65,00 €	
7.5	Genehmigung zum Versetzen einer Leuchte	55,00 €	

7.6	Genehmigung von Straßenaufbrüchen	30,00 €	
7.7	Genehmigung der Änderung von Grundstückszufahrten	65,00 €	
8	Abgabe von Bauleitplänen, Flächennutzungsplänen u. ä. bis zur Größe von		
8.1	DIN A3 (Planauszüge) schwarz weiß	5,00 €	
8.2	DIN A3 (Planauszüge) farbig	7,50 €	
8.3	DIN A2 schwarz-weiß	7,50 €	
8.4	DIN A2 farbig	15,00 €	
8.5	DIN A1 schwarz-weiß	15,00 €	
8.6	DIN A1 farbig	30,00 €	
8.7	Erläuterungsberichte und Begründungen je Seite	0,50 €	
9	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleistungen, Auszüge, technische Arbeiten für Büroarbeiten und Außenarbeiten (einschließlich An- und Abfahrtswege von bzw. zu der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle). Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen	nach Zeitaufwand	
10	Antragskonferenz Durchführung einer Antragskonferenz, wenn nach der Antragskonferenz ein Antrag auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung nicht gestellt wird	nach Zeitaufwand	
11	Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von einer Privatperson zu deren Nutzen gewünscht ist (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen)	nach Zeitaufwand	
12	Abschluss von Verträgen mit Dritten Abschluss eines Erschließungsvertrages, städtebaulichen Vertrages oder ähnlichem mit einem privaten Dritten	220,00 €	
13	Standesamt für Trauungen im Grooden Hus wird eine Extragebühr erhoben	70,00 €	
14	Gebühren in besonderen Fällen (Ablehnung und Rücknahme eines Antrages, Änderung, Rücknahme oder Widerruf einer Amtshandlung, Rechtsbehelfe, Rückforderungen)		
14.1	Ablehnung eines Antrags auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit der Behörde	nach Zeitaufwand	
14.2	Rücknahme eines Antrags auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung	nach Zeitaufwand, max. 25%	

		der ursprünglichen für die Amtshandlung festzusetzenden Gebühr	
	<u>Anmerkung zu Nr. 14.1 und 14.2:</u> Die Gebühr darf nicht höher sein als die für die Vornahme der Amtshandlung festzusetzende Gebühr.		
14.3	nachträgliche Änderung einer gebührenpflichtigen Amtshandlung	nach Zeitaufwand	
	<u>Anmerkung zu 14.3:</u> Die Gebühr darf nicht höher sein als die für die Gebühr, die für eine nicht auf die Änderung beschränkte Amtshandlung festzusetzen war.		
14.4	Rücknahme und Widerruf einer Amtshandlung	nach Zeitaufwand	
	<u>Anmerkung zu 14.4:</u> Eine Gebühr wird nicht erhoben für die Rücknahme oder den Widerruf eines Bescheids zur Gewährung einer Zuwendung oder anderen Geldleistung, wenn eine Gebühr nach Nr. 11 zu erheben ist.		
14.5	Rechtsbehelfe		
14.5.1	Entscheidungen über einen Rechtsbehelf, soweit der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf nur deshalb Erfolg hat, weil die Amtshandlung aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben der Person, die den Rechtsbehelf eingelegt hat, vorgenommen oder abgelehnt worden ist.		
14.5.1.1	in einer gebührenpflichtigen Angelegenheit (vgl. § 6 der Satzung)	das 1 ½-fache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war	
14.5.1.2	im Übrigen	nach Zeitaufwand	
14.5.2	Bearbeitung eines Rechtsbehelfs, wenn der Rechtsbehelf vor Beendigung des Rechtsbehelfsverfahrens zurückgenommen wird.	nach Zeitaufwand	
	<u>Anmerkung zu 14.5.2:</u> Richtet sich der Rechtsbehelf ausschließlich gegen eine Kostenfestsetzung, so darf die Gebühr den strittigen Betrag nicht übersteigen		

15	Rückforderung von Zuwendungen oder anderen Geldleistungen	nach Zeitaufwand, jedoch mind. 10 % des Rückforderungsbetrags und höchstens 10.000 €	
<u>Anmerkung zu 15:</u> <ul style="list-style-type: none"> a) Zu Zeitaufwand gehört auch der Zeitaufwand für die Änderung, die Rücknahme oder den Widerruf des Bescheids zur Gewährung der Zuwendung oder anderen Geldleistung b) Von einer Gebührenerhebung ist abzusehen, wenn die Rückforderung darauf beruht, dass <ul style="list-style-type: none"> aa) eine Zuwendung durch nachträglich eingetretene unvorhergesehene Minderungen des Investitionsvolumens oder infolge Zuwendungen von dritter Seite gekürzt werden muss bb) der Verwendungszweck aus Gründen, die nicht die Zuwendungsempfänger zu vertreten haben, nicht erreicht worden ist oder cc) die Zuwendung nicht rechtzeitig oder fristgerecht verwendet worden ist, soweit die Zuwendungsempfänger dies nicht zu vertreten haben c) Mit Gebühr ist der Verwaltungsaufwand für die Anforderung von Zinsen für den Rückforderungsbetrag abgegolten 			
16	Vermögensverwaltung		
16.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlastungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten, sowie Belastungsgenehmigungen	nach Zeitaufwand	
16.2	Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter,	nach Zeitaufwand	
16.3	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlastung und sonstige Erklärungen, die nicht unter die Tarifnummern 18.1 und 18.2 fallen	nach Zeitaufwand	
16.4	Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen	nach Zeitaufwand	
17	Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen nach Maßgabe der Tarif-Nr. 1		
18	Allgemeiner Auffangtatbestand Genehmigungen, Erlaubnis, Ausnahmegenehmigung oder sonstige auf Antrag oder Veranlassung der Kostenschuldner vorzunehmende Amtshandlung oder Protokoll über Verhandlungen, wenn in diesem Kostentarif und auch in anderen Rechtsvorschriften weder eine Gebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist.	nach Zeitaufwand	

